

Eine gerechte Zukunft erfordert die Dekolonisierung Palästinas – und einen demokratischen Staat für alle

Wenn wir den „Konflikt“ als eine Auseinandersetzung mit siedlerkolonialistischer Herrschaft verstehen, können wir einen umfassenden Weg zu einer befreiten Gesellschaft für Palästinenser und Israelis entwickeln

Awad Abdelfattah, Jeff Halper, 972mag.com, 10.12.19

Schon der Titel, den man einem Phänomen gibt, bestimmt oft, wie dieses verstanden werden und was getan werden kann, um es in Angriff zu nehmen. Seit 1948 sprechen wir über den „arabisch-israelischen Konflikt“, der insofern zutrifft, als er sich auf die großen Kriege, diplomatischen Rivalitäten und kleineren, sogenannten „schmutzigen Kriege“ zwischen den arabischen Staaten und Israel bezieht. Doch dieser Begriff eines regionalen „Konflikts“ verbirgt die Natur einer anderen Art von Kampf, der ein wichtiger Auslöser für die umfassenderen Konflikte ist und auch ein eigenes politisches Phänomen darstellt.

Kolonialer Kampf kann kaum als „Konflikt“ betrachtet werden. Es sind nicht zwei „Seiten“, die in eine gewalttätige Konfrontation wegen unterschiedlicher Interessen oder Pläne verstrickt sind, sondern ein mächtiger Akteur, der in das Territorium eines anderen Volkes eindringt, um es entweder auszubeuten, oder zu übernehmen.

Auf der einen Seite dieses Kampfes steht die Kolonisierung Palästinas durch die zionistische Bewegung, die schließlich im Staat Israel, in der politischen Teilung Palästinas, in einer massiven Flüchtlingskrise und seit 1967 in der Besatzung mündete und auf der anderen Seite steht der palästinensische Widerstand mit politischen und militärischen Mitteln.

Obwohl er seit Jahrzehnten nur als ein Element regionaler Machtspiele betrachtet wird, sprechen wir seit der Ersten *Intifada* im Jahr 1987 vom „israelisch-palästinensischen Konflikt“.

Kolonialer Kampf kann jedoch kaum als „Konflikt“ betrachtet werden. Natürlich führt dies zu Konflikten zwischen den kolonistischen Machthabern und der indigenen Bevölkerung, doch der Kolonialismus ist ein einseitiger Prozess. Es sind nicht zwei „Seiten“, die in eine gewalttätige Konfrontation wegen unterschiedlicher Interessen oder Pläne verstrickt sind, sondern ein mächtiger Akteur, der in das Territorium eines anderen Volkes eindringt, um es entweder auszubeuten, oder zu übernehmen.

Die Einheimischen sind die Opfer, die vor der kolonialen Invasion keinen Grund hatten zu kämpfen, sie sind für die Ziele der Kolonisten im Wesentlichen irrelevant. Die Eingeborenen können zur Zwangsarbeit ausgebeutet werden, aber sie sind entbehrlich, denn sie können durch andere Quellen, wie Sklaven, Lohnarbeiter oder andere Kolonisten leicht ersetzt werden.

Im Siedler-Kolonialismus, den der Zionismus ausmacht, sind die Eingeborenen dazu bestimmt, abgeschafft zu werden, entweder physisch oder durch Verdrängung und Marginalisierung. Es ist deswegen genauer, eine

koloniale Situation als asymmetrische Invasion darzustellen, die unvermeidlich auf Widerstand stößt.

Warum ist dies von Bedeutung? Die Wortwahl mag belanglos erscheinen, doch die Worte, die wir verwenden, bestimmen, wie wir die Dinge sehen. Das Konflikt-Paradigma verwandelt eine umfassende, bereits existierende koloniale Situation in einen bloßen Kampf um die „Beendigung der Besatzung“. Tatsächlich reduziert das Rechts-Paradigma der UN-Resolution 242, die Gesetze der Besatzung, ein Siedlerprojekt auf ein begrenztes Problem der militärischen Kontrolle über 22 Prozent des historischen Palästina. Unabhängig davon, ob eine Zwei-Staaten-Lösung, eine Konföderation, oder ein „jüdischer“ Staat im gesamten Land Israel angestrebt wird, ein „Konfliktlösungsansatz“ entspricht nicht dem umfassenderen Bedarf an Dekolonisierung.

Siedler kommen nicht nur mit der Absicht, in einem fremden Territorium zu leben, sondern es zu übernehmen

Eine siedlerkoloniale Perspektive stellt das ursprüngliche und grundlegende Problem der Besiedlung wieder her, das im späten 19. Jahrhundert begann und seinen Anspruch auf das gesamte Land Palästina geltend macht. Das heißt nicht, dass die besetzten palästinensischen Gebiete nach internationalem Gesetz nicht besetzt sind, sondern dass die Besetzung ein Teilproblem ist, das im Rahmen eines umfassenderen Dekolonisierungsprozesses bewältigt werden muss, einschließlich des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr.

Lehren aus dem Siedler-Kolonialismus

Da mit dem Konflikt-Paradigma jedoch der Begriff „Seiten“ benutzt wird, konzentrieren sich die Lösungen in der Regel auf technische Verhandlungen, bei denen jede Seite durch Kompromiss oder Aufgabe versucht, in Streitigkeiten über Souveränität, Grenzen, Flüchtlinge, Ressourcen und dergleichen, die bestmögliche Lösung zu finden. Dies ist beim Kolonialismus nicht so.

Ein Volk kann keine Kompromisse eingehen bei der Eroberung seines Landes, seiner Vertreibung, dem Verlust der Freiheit und seiner Lebensweise. Kolonisatoren werden vielleicht versuchen, die Kolonisierten zu unterdrücken und zu befrieden, manchmal erfolgreich, aber die Kolonisierung kann nie zur Routine werden, oder von den Unterdrückten akzeptiert werden, und der Drang nach Befreiung kann nie gelöscht werden.

In klassischen kolonialen Situationen, in denen eine externe Macht die Kontrolle über ein Land übernimmt, um wertvolle Ressourcen auszubeuten, ist die Dekolonisierung ein unkomplizierter Ansatz: Die koloniale Macht zieht, zusammen mit den von ihr importierten Vertretern und Bevölkerung, ab, und die politische Macht wird auf eine neue Regierung eines postkolonialen Staates übertragen, der von der einheimischen Bevölkerung regiert wird.

Die Dekolonisierung einer Siedlergesellschaft dagegen, ist viel komplexer und schwieriger. In einigen Fällen verlässt die Siedlerbevölkerung das Land und übergibt es wieder seiner einheimischen Bevölkerung (wenn auch oft gewaltsam), wie in Algerien, Kenia, Mosambik, Simbabwe, Angola und Irland. In anderen Fällen, in denen die einheimische Bevölkerung praktisch eliminiert ist, wie in Argentinien, ist die Dekolonisierung irrelevant. In den meisten siedlerkolonialen Situationen werden die Siedler jedoch so verankert, dass die Dekolonisation unvollständig bleibt, wie in Südafrika, den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Neuseeland/Aotearoa, der Ukraine und dem postkolonialen Lateinamerika.

In Palästina und Südafrika erwiesen sich die Siedler politisch, wirtschaftlich, demographisch und militärisch als stark genug, um einen eigenen lebensfähigen Staat zu errichten, konnten aber letztlich die einheimische Bevölkerung nicht eliminieren, besiegen oder marginalisieren. Südafrika begann schließlich einen Prozess der Dekolonisierung, wenn auch einen unvollständigen. Israel hingegen hat sich bisher beharrlich geweigert, auch nur die Aussicht auf eine Dekolonisierung in Betracht zu ziehen.

Was den Kolonialismus der Siedler so widerstandsfähig und schwer zu beenden macht, ist zum Teil die starke Verankerung im kolonisierten Land. Siedler kommen nicht nur mit der Absicht, in einem fremden Territorium zu leben, sondern es zu übernehmen, um die bestehende Gesellschaft grundlegend in einem normalisierten Siedlerstaat zu ersetzen. Durch erfundene Anspruchsmythen, um ihre Eroberung des Landes zu legitimieren, streben die Siedler danach, Eingeborene zu werden, das heißt, sie behaupten ihre Eingeborenheit und machen gleichzeitig die wirklichen Eingeborenen unsichtbar.

Die letztgenannte Bevölkerung ist bestenfalls pittoresk, „exotisch“, eine nicht bedrohliche Folklore und im schlimmsten Fall sicherheitsgefährdend, die eingedämmt, kontrolliert oder beseitigt werden muss. Die Einheimischen werden schrittweise aus der nationalen Schilderung und Landschaft entfernt, die neu gestaltet wird, um den Behauptungen der Besatzer gerecht zu werden.

Der Prozess der Dekolonisierung

Was würde die Dekolonisierung Palästinas dann mit sich bringen? Wie in den meisten solchen Situationen sind die zionistischen Siedler jetzt in dem, was Israel wurde, zu zahlreich und in Palästina eingebettet, um entfernt werden zu können, sie werden nicht weggehen. Dennoch muss Dekolonisierung auf Befreiung beruhen, in diesem Fall sowohl der indigenen Palästinenser als auch der Siedler-Israelis.

Es kann keinen jüdischen Staat ohne Apartheid geben, und Apartheid ist politisch und moralisch inakzeptabel und letztlich unhaltbar

Dieser Prozess erfordert bestimmte Schritte. Erstens erfordert sie ein Ende der Siedleransprüche und ihrer Vorherrschaft über Land und Ressourcen, über politische und wirtschaftliche Macht, über die nationale Kultur und Erzählung und das Entstehen einer neuen, integrativen und gemeinsamen Politik. Zweitens erfordert er die Wiederherstellung der Souveränität der einheimischen Bevölkerung, ihre Fähigkeit, ihren Platz als Gleiche innerhalb der Gesellschaft zu definieren.

Um in der Postkolonialität anzukommen, dem ultimativen Ende des Siedlerkolonialismus, muss sich der Prozess der Dekolonisierung parallel zu einem detaillierten Programm für den Wiederaufbau des Landes in umfassender Weise entfalten.

Dieses Programm basiert auf sechs unverzichtbaren Voraussetzungen, die die Grundlage für das Programm *One Democratic State Campaign* (ODSC)* bilden, ein Einstaatenprojekt, an dem beide Parteien aktiv beteiligt sind:

1. Ersetzen des ethno-religiösen Nationalismus durch eine auf einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft basierende konstitutionelle Demokratie, um so die Entstehung einer gemeinsamen Zivilgesellschaft zu ermöglichen und zu fördern;
2. Vollständige Umsetzung des Rechts der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen auf Rückkehr in ihre

- Heimat unter Bedingungen, die ihre vollständige Rückkehr in die Gesellschaft erleichtern;
3. Den nationalen, ethnischen, religiösen und anderen Gemeinschaften des Landes, verfassungsmäßige Garantien anbieten, um ihr Recht auf ihre kollektive Identität, Verbände, Kulturen und Institutionen zu schützen;
 4. Wiederherstellung der Rechte der vertriebenen, ausgegrenzten und unterdrückten Menschen, ihres Eigentums (tatsächlich oder durch Kompensation), ihrer Identitäten und ihrer sozialen Position, gefolgt von Versöhnung;
 5. Aufbau einer integrativen Wirtschaft, die finanzielle Sicherheit, Nachhaltigkeit, sinnhafte Beschäftigung und gerechte Vergütung bietet;
 6. Anerkennung der Verbundenheit mit der arabischen Welt und der internationalen Gemeinschaft durch die Schaffung neuer regionaler und globaler Strukturen der Gleichstellung und Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg zu einem politischen Programm

Wie sieht der Plan aus? Es ist bereits viel Arbeit geleistet worden, um die Natur des zionistisch/israelischen Siedler-Kolonialismus und der Dekolonisierung zu verstehen, sie ist aber weitgehend auf den akademischen Bereich beschränkt. Diese umfangreiche wissenschaftliche Literatur muss in Formen „übertragen“ werden, die für politische Aktivisten, Strategen und die Öffentlichkeit zugänglich und priorisiert sind.

Das ODSC-Programm ist ein erster Schritt in diese Richtung, sie bietet sowohl eine konzeptionelle als auch eine operative Grundlage für die Integration der wissenschaftlichen Analyse in ein politisches Programm. Weitere Schritte in diese Richtung könnten die Erstellung eines detaillierten Leitbild-Dokuments im Sinne der Freiheits-Charta des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), und die Einberufung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer Verfassung sein.

Um diese neue Gesellschaft ins Leben zu rufen ist auch ein detaillierter Aktionsplan erforderlich, und eine Form des strategischen Ko-Widerstands zu fördern, die die Disziplinargewalt Israels überwinden kann und die die Beteiligung sowohl der Palästinenser, als auch der kritischen israelischen Partner ausbaut.

In einem zweiten Schritt wird ein gemeinsamer Rahmen festgelegt, der nicht nur der israelischen *Hasbara* (Staatspropaganda) entgegenwirkt, sondern auch eine ebenso überzeugende alternative Logik für den politischen Kampf bietet. Diese sollte auf drei Elementen beruhen: der Diagnose des Problems als einer Dekolonisierung eines Kolonialstaates und nicht der technischen Lösung eines „Konflikts“ zwischen zwei symmetrischen Seiten; Verlagerung des Diskurses weg vom Fokus auf die israelische „Sicherheit“ hin zur Fokussierung auf die strukturellen kolonialen Beziehungen von Dominanz und Unterordnung; und das Umkehren die Sichtweise Israels als das Opfer, das einen ausschließlichen „jüdischen“ Staat benötigt, auf das Verständnis von Israel als die stärkere Partei, den Architekten und Erzwinger eines Apartheid-Regimes, das über einer Einstaaten-Realität existiert, die in eine gemeinsame Demokratie umgewandelt werden muss.

Ein dritter Schritt ist die Ausformulierung der politischen Strategie selbst. Es muss mit der Anerkennung der Tatsache beginnen, dass die Mehrheit der israelischen Juden, wie die Weißen in Südafrika während des Anti-Apartheidskampfes, niemals aktive Partner im Kampf für die Dekolonisierung Palästinas sein werden. Als Siedler-Kolonialisten haben sie keine Bereitschaft zur Dekolonisierung, was sie für eine Form des nationalen Selbstmords halten. Das Beste, was wir strategisch anstreben können, ist, sie durch einen umfassenden

Entkolonialisierungsplan so weit zu „erweichen“, dass sie sich, wie in Südafrika, nicht aktiv dem notwendigen Übergang zum Postkolonialismus widersetzen werden.

Wenn wir eine Seite aus der Anleitung des ANC nehmen, bedeutet das, dass wir ein palästinensisches und internationales zivilgesellschaftliches Bündnis schmieden, in dem israelisch-jüdische Verbündete eine Schlüsselrolle spielen. Ziel einer solchen Allianz ist es, eine breite Unterstützung in der internationalen Öffentlichkeit, Gewerkschaften, Kirchen, Intellektuelle, Akademiker, Studenten, Aktivisten und die breite Öffentlichkeit, zu generieren, die „durchsickern“ und ungünstige Regierungspolitik schrittweise in die Unterstützung eines gemeinsamen demokratischen Staates verwandeln wird.

Ein gemeinsamer Staat ist nicht utopisch

Ist das ein Wunschtraum? Es wäre so gewesen, wenn irgendeine andere praktikable Option offen gehalten worden wäre. Aber so, wie es jetzt ist, ist die andere Möglichkeit neben der Apartheid, eine Form einer Zwei-Staaten-Lösung oder einer Konföderation, unter massiven Siedlungen begraben worden, die Israel benutzt hat, um die besetzten Gebiete in Israel zu absorbieren. Die Israelis müssen die bittere Pille ihrer expansionistischen Bestrebungen akzeptieren: Es kann keinen jüdischen Staat ohne Apartheid geben, und Apartheid ist politisch und moralisch inakzeptabel und letztlich unhaltbar. Ebenso müssen die Palästinenser akzeptieren, dass ihre Bestrebungen nach einem palästinensischen Staat, auch wenn er nur ein winziger in den besetzten Gebieten ist, ebenfalls hinfällig sind.

Ein Blick jenseits dieser Realitäten, ist eine durchführbare Vision und ein Programm, das für beide Völker gut ist: ein einziger demokratischer Staat mit einer gemeinsamen Zivilgesellschaft, einer florierenden Wirtschaft, Sicherheit und Frieden, in dem beide Völker ein bedeutsames Maß an Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung entfalten können.

Der Einstaat-Zeitpunkt ist vielleicht noch nicht gekommen, doch die tektonischen Platten verschieben sich. In nicht allzu ferner Zukunft, wenn die internationale Gemeinschaft nach einer Lösung sucht, wird die Einstaatenalternative zwangsläufig den größten Sinn ergeben, aber nur, wenn die Zivilgesellschaft, palästinensisch geführt und von kritischen Israelis unterstützt, jetzt daran arbeitet, sie zu einer echten politischen Option zu machen.

One democratic state. elegant, einfach, gerecht, and machbar. Es ist eine Vorstellung, die es wert ist, in Betracht gezogen zu werden, und eine, für die es sich lohnt zu kämpfen.

*<https://mondoweiss.net/2018/05/democratic-multicultural-palestine/>

Awad Abdelfattah ist der Koordinator der One Democratic State Campaign (ODSC) und ehemaliger Generalsekretär der Balad-Partei.

Jeff Halper ist ein israelischer Anthropologe und Leiter des Israeli Committee Against House Demolitions (ICAHD). Er ist unter jeff@icahd.org erreichbar.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.972mag.com/decolonization-palestine-one-state/>

Es gibt zahlreiche weiterführende Links zu Videos und Artikel, innerhalb des Originalartikels, hier einige davon:

Israel, a Settler Colonial State:

<https://www.youtube.com/watch?v=A78S4v5YMpU>

Even inside Israel, colonialism is far from over:

<https://www.972mag.com/even-inside-israel-colonialism-is-far-from-over/>

The danger of ignoring Arab opinion: 100 years since Balfour

<https://www.972mag.com/the-danger-of-ignoring-arab-opinion-100-years-since-balfour/>

ONE DEMOCRATIC STATE IN ISRAEL/PALESTINE:IT'S TIME, Jeff Halper

<https://www.youtube.com/watch?v=YR26ZOrOllk&t=16s>

The 'One Democratic State Campaign' program for a multicultural democratic state in Palestine/Israel

<https://mondoweiss.net/2018/05/democratic-multicultural-palestine/>

From Shared Life to Co-Resistance in Historic Palestine

<https://www.facebook.com/odsc.org/>